

Nachhaltig investieren - Klima, Bildung, soziale Gerechtigkeit

Fraktionbeschluss vom 4. November 2008

Bündnis 90/Die Grünen schlagen ein nachhaltig wirkendes Investitionsprogramm vor. Wir wollen damit gegen drängende Probleme ankämpfen, wie die Klimakatastrophe, die Bildungsmisere und die soziale Ungerechtigkeit. Dies ist politisch zwingend und wenn man es richtig macht, sichert und schafft es Arbeitsplätze. Wir wollen mit grünen Ideen die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Der diffuse Weg der Bundesregierung bleibt ein blindes Konjunkturprogramm ohne Gestaltungsanspruch.

Nachhaltige Investitionspolitik muss an den Problemen unseres Landes ansetzen. Dann verpuffen die Mittel nicht, wie bei blinden Konjunkturprogrammen. Die ökologische Modernisierung im Kampf gegen die Klimakatastrophe senkt die Folgekosten einer falschen Energie- und Verkehrspolitik. Investitionen in Bildung sind sozial gerecht und machen uns als Innovationsland fit. Und die Unterstützung der Ärmsten in unserer Gesellschaft ist ein moralisches Gebot und wirkt in Bezug auf die Konjunktur.

Wir können einen Großteil der vorgezogenen Investitionen aus Einsparungen bzw. durch Subventionsabbau finanzieren. Zudem wollen wir Mittel aus dem Emissionshandel verwenden und den Soli in einen Bildungssoli umwandeln. Mit der CO₂-basierten Umstellung der Kfz-Steuer wollen wir verbrauchsarme Fahrzeuge steuerfrei stellen, aufkommensneutral finanziert durch eine stärkere Besteuerung von Fahrzeugen, die viel CO₂ emittieren. Nachhaltige Investitionspolitik spart an den richtigen Stellen, schichtet klug um und vermeidet durch vorgezogene Investitionen Folgekosten.

Das Grüne Investitionsprogramm

Einführung eines Energiesparbonus: Bürgerinnen und Bürger sollen beim Energiesparen mit **4 Mrd. Euro** unterstützt werden. Jeder soll pro Jahr einen Klima-Scheck in Höhe von 50 Euro pro Jahr erhalten, der für Produkte, Beratung und Dienstleistungen, die zur Einsparung von Energie oder zur Nutzung Erneuerbarer Energien beitragen, eingelöst werden kann.

Einrichtung eines Energiesparfonds: Mit einem Energiesparfonds in Höhe von **3 Mrd. Euro** sollen die Bürgerinnen und Bürger durch Einsparung von Energieverbrauch finanziell entlastet werden. Der Fonds soll Energiesparprogramme konzipieren und finanzieren, die vor allem einkommensschwachen Haushalten nutzen.

Aufstockung und Qualifizierung der CO₂-Gebäudesanierung: Die Gebäudesanierung soll insgesamt um zusätzlich **1 Mrd. Euro** aufgestockt werden. Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm wollen wir erweitern und seine energetische Wirksamkeit besser überprüfen und qualifizieren. Das Programm „Sozial investieren“ und der „Investitionspakt“, mit dem öffentliche Gebäude energetisch saniert werden, wollen wir zu Gunsten von öffentlichen Gebäuden - bevorzugt Schulen, Kindertagesstätten und Hochschulen - ausbauen.

Ausbau Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und Wärmenetze: Ein Hemmnis für den stärkeren Ausbau der KWK ist die unzureichende Infrastruktur für die wirtschaftliche Verwendung der anfallenden Wärme. Wir wollen deshalb **750 Mio. Euro** in den Ausbau von Fern- und Nahwärmenetzen sowie von Pufferspeichern investieren.

Ausbau der Stromnetze: Die Stromübertragungsnetze bedürfen zusätzlicher Investitionen, um den zügigen Anschluss erneuerbarer Energien und KWK-Anlagen sicherzustellen. Der notwendige Ausbau der Netze soll überwiegend als Erdkabel realisiert werden. Wir wollen die Netze in eine unabhängige Gesellschaft mit Mehrheitsbeteiligung der öffentlichen Hand überführen und mit Hilfe einer Anschubfinanzierung von **1 Mrd. Euro** die Modernisierung beschleunigen.

Markteinführung angepasster Wasser- und Abwasserentsorgung: Die Bundesregierung soll die Erforschung und Einführung von energiesparenden, angepassten und dezentralen Regenwasser-, Abwasserbehandlungs- und Aufbereitungssystemen anreizen, die den veränderten Erfordernissen hinsichtlich des Klimawandels, geänderten Verbraucherverhalten und der sich wandelnden Bevölkerungsstruktur gerecht werden.

Umstellung der Kfz-Steuer auf CO₂-Basis: Durch eine höhere Besteuerung von Fahrzeugen mit einem überdurchschnittlichen CO₂-Ausstoß sollen Pkw bis zu 120 Gramm für vier Jahre von der Kfz-Steuer befreit werden. Für die klimapolitische Wirksamkeit der Steuer ist zentral: Je mehr CO₂ ein Fahrzeug emittiert, desto stärker muss die Steuer pro Gramm des Treibhausgases stufenweise angehoben werden.

Marktanzreiz- und Forschungsprogramm für Elektromobilität: Mit 500 Mio. Euro soll gezielt der Aufbau einer Infrastruktur für Elektromobilität gefördert werden. Unser Ziel sind eine Million Elektrofahrzeuge in Deutschland bis 2020.

Sanierung und Ausbau der Schienenwege und Förderung des ÖPNV: Mit zusätzlich **1,7 Mrd. Euro** sollen in erster Linie die Schieneninvestitionen erhöht werden, mit dem Schwerpunkt der Sanierung des bestehenden Netzes und der effizienten Beseitigung von Engpässen und Kapazitätserweiterungen, insbesondere für den Schienengüterverkehr. Die Mittel für den Schienenpersonennahverkehr müssen wieder auf das Niveau vor den Kürzungen der großen Koalition angehoben werden. Mit einem Wettbewerb „100 Städte mit klimaneutralem ÖPNV“ wollen wir den Umweltvorteil des ÖPNV gegenüber dem Auto ausbauen.

Sanierung Bundesfernstraßen: Mit zusätzlich **500 Mio. Euro** wollen wir statt für Straßenneubau die Mittel für die Sanierung von Bundesfernstraßen, Tunnel und Brücken, die zum Teil in sehr schlechtem Zustand sind, erhöhen. Da bei der Straßensanierung kleinere Baulose vergeben werden können, profitiert hiervon vor allem auch die regionale, mittelständisch geprägte Bauwirtschaft.

Aufstockung von Mitteln für klimafreundliche Landwirtschaft: Um die Landwirtschaft klimafreundlicher zu gestalten, ist u.a. eine deutliche Aufstockung des Investitionsprogramms zur Förderung der Energieeffizienz in Landwirtschaft und Gartenbau nötig.

Rechtsanspruch auf einen qualitativ hochwertigen ganztägigen Kita-Platz: Jahrelang wurden notwendige Qualitätsverbesserungen und der bedarfsgerechte Ausbau der Infrastruktur im vorschulischen Bereich vernachlässigt. Wir wollen bereits ab 2010 einen Rechtsanspruch auf einen qualitativ hochwertigen ganztägigen Kita-Platz für jedes Kind ab Vollendung des ersten Lebensjahres. Dafür sind in den nächsten beiden Jahren **5,3 Mrd. Euro** nötig; 1 Mrd. € davon für die schrittweise Qualitätsverbesserung; Ziel ist mittelfristig eine zusätzliche Fachkraft pro Gruppe im Bundesdurchschnitt und in jeder Gruppe eine Fachkraft mit (Fach)Hochschulausbildung.

Gebundene Ganztagschulen: Anstatt das Ganztagschulprogramm auslaufen zu lassen, wollen wir mit **4,8 Mrd. Euro** den Umbau der Schulen zu gebundenen Ganztagschulen vorantreiben und die Qualität durch zusätzliche Fachkräfte verbessern. Bis Ende 2010 können damit weitere 3.450 Schulen zu Ganztagschulen ausgebaut werden. Bei diesem Tempo wären bis 2020 alle Schulen zu Ganztagschulen mit individueller Förderung von Kindern und Jugendlichen umgestellt.

Zusätzliche Studienplätze: Die Zahl der Studienberechtigten steigt in den nächsten Jahren stark an und wird bis 2013 ihren Höhepunkt erreichen. Allen Studierwilligen soll ein Studienplatz geboten werden. Dafür sind in den Jahren 2009 und 2010 insgesamt **2,4 Mrd. Euro** nötig. So lassen sich 230.000 zusätzliche Studienplätze einrichten und sachgerecht ausstatten. Schon jetzt beeinträchtigt der Fachkräftemangel die wirtschaftliche Entwicklung. In naher Zukunft werden außerdem aufgrund des demografischen Wandels weitaus mehr akademisch Ausgebildete aus dem Erwerbsleben ausscheiden als junge Hochqualifizierte zur Verfügung stehen.

Kommunalen Investitionsstau auflösen: Die Kommunen stehen vor einem Berg politischer Herausforderungen: sie müssen ihre Infrastruktur bei Sozialleistungen, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik ausbauen und eine zuverlässige Daseinsvorsorge bieten. Trotz dieser riesigen Anforderungen sinken die kommunalen Investitionen seit 1992 – mit schädlichen Auswirkungen auf unserer Volkswirtschaft.

Das Deutsche Institut für Urbanistik beziffert den Mittelbedarf von 2006-2020 auf 704 Mrd. Euro. Gemessen an den kommunalen Investitionen des Jahres 2005 entspricht dies einem jährlichen Mehrbedarf von 7 Mrd. Euro. Arme Kommunen haben einen besonders hohen Nachholbedarf. Weil viele von ihnen aber nur Nothaushalte verabschieden dürfen, darf die Investitionsförderung nur geringe oder keine Ko-Finanzierung verlangen.

Kommunale Investitionen wirken direkt vor Ort, haben hohe Arbeitplatzeffekte und sind gut für die regionale Wertschöpfung. Wir wollen deswegen hier einen besonderen Schwerpunkt setzen.

Erhöhung Regelsätze SGBII: Die Regelsätze für Sozialleistungen nach dem SGB II und dem SGB XII sollen sofort auf 420 Euro angehoben werden. Dies ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern wirkt auch positiv auf die Binnennachfrage, indem die Kaufkraft von Haushalten mit geringem Einkommen gestärkt wird. Darüber hinaus wollen wir die Regelsätze für Kinder und Jugendliche auf eine neue Berechnungsgrundlage stellen, die den altersspezifischen und besonderen entwicklungsbedingten Bedarf berücksichtigt. Das hat zur Folge, dass die Regelsätze für Kinder und Jugendliche nicht mehr von den Erwachsenensätzen abgeleitet werden.

Lohnnebenkosten senken: Um die Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich auf Arbeitnehmer und Arbeitgeberseite gezielt und spürbar zu senken, soll das **Grüne Progressiv-Modell** sofort umgesetzt werden. Es sieht vor, dass erst ab einem Bruttoeinkommen oberhalb von 2 000 Euro die volle Last der Sozialversicherungsabgaben von zusammen rund 40 Prozent anfallen. Für alle Einkommen bis 2 000 Euro sollen die Beitragssätze langsam und stufenlos ansteigen. Das schafft Arbeitsplätze und entlastet Arbeitnehmer mit niedrigen Gehältern.

Mindestlöhne einführen: Für gerechte Löhne, fairen Wettbewerb und gegen Mitnahme sind Mindestlöhne in allen Branchen unerlässlich. Es ist unverzüglich eine Mindestlohn-Kommission nach dem Vorbild von Großbritannien einzurichten, die mit Sozialpartnern und Wissenschaftlern Empfehlungen für die Höhe von Mindestlöhnen erarbeitet und einführt.